

# STRATEGIEPAPIER

# RECHTE LANDNAHME STOPPEN!

WAS NATUR- UND UMWELTVER-  
BÄNDE GEGEN RECHTSEXTREME  
VEREINNAHMUNGEN  
TUN KÖNNEN



## WIE IST DIE AUSGANGSLAGE?

Ökologische Fragen werden seit Jahren und zunehmend von der extremen Rechten aufgegriffen. Rechte Akteur\*innen engagieren sich gegen das Artensterben und für Landschafts- und Tierschutz, protestieren gegen Gentechnik und Atomkraft, betreiben ökologischen Landbau, zeigen Interesse

an nachhaltigen Energie- und Mobilitätskonzepten, an veganer Ernährung und fordern regionale Wirtschaftskreisläufe (vgl. Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz 2012; FARN 2018, 2019a, 2019b). Es gibt mittlerweile kaum noch Umwelt- und Naturschutzthemen, die nicht auch von antidemokratischen Kräften besetzt und in rechten Medien wie Sezession, Compact, Recherche D, im Online-Magazin Blaue Narzisse oder in rechten Öko-Zeitschriften medial verbreitet werden. Jüngstes Beispiel ist *Die Kehre*, eine „Zeitschrift für Naturschutz“, die seit Ende April 2020 erscheint und dem mittlerweile eingestellten NPD-nahen Magazin *Umwelt & Aktiv* nachfolgt.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Natur- und Umweltschutzszene. Wie genau die Einflussnahme und Vereinnahmung durch die extreme Rechte passiert und mit welchen Folgen, ist allerdings bislang wenig untersucht. Inwiefern wird die Arbeit von Vertreter\*innen von Umwelt- und Naturschutzverbänden durch rechte Akteure beeinträchtigt? Wie und wo finden Vereinnahmungen von z.B. Themen/ inhaltlichen Positionen statt? Wie verändert sich das – vielfach ehrenamtliche – Engagement für Umwelt- und Naturschutz durch rechte Ideologien und Positionen? Gibt es bereits eine Unterwanderung der Organisationen von Menschen mit rechter Gesinnung und werden nachhaltigkeits- und umweltpolitisch Interessierte durch eine wachsende Einflussnahme von rechts abgeschreckt, sich selbst aktiv im Umwelt- und Naturschutz zu engagieren?

diversu e.V. hat im November 2019 im Projekt „Rechte Landnahme – Umweltschutz von rechts: Wie und wo passiert es und was können Umweltverbände gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Vereinnahmungen tun? (ReLa)“ bei den Mitgliedsverbänden des DNR e.V. eine Online-Befragung durchgeführt, um eine erste Informationsbasis darüber zu erhalten, ob und wie rechte Akteur\*innen und völkisches Gedankengut Einfluss auf die Arbeit von Natur- und Umweltschutzverbänden nehmen.<sup>1</sup> Immerhin 31.5% der Mitglieder und Verbandsvertreter\*innen, die an der Studie teilgenommen haben, gaben an, im Rahmen ihrer Tätigkeiten für den Verein bereits Erfahrungen mit rechtsextremen Positionen gemacht zu haben.<sup>2</sup> Zum Beispiel über zugeschnittene völkisch-ideologisch gefärbte Informationsmaterialien, durch rassistische Vorfälle bei Aktionen und Exkursionen

oder im Rahmen von Mietanfragen und Debatten auf Veranstaltungen oder an Info-Tischen bis hin zu konkreten Kooperationsanfragen durch die Neue Rechte. Inwiefern solcherart Einflussnahmen in den letzten Jahren zugenommen haben, lässt sich aus den Daten nicht ablesen. Aber 15% der Befragten beschrieben, dass ihnen eigene Mitglieder durch rechtsideologische Gesinnung aufgefallen seien. Erhoben wurden auch Daten darüber, welche Gegenstrategien Natur- und Umweltschutzorganisationen zum Umgang mit solcherart „Infiltrierung“ durch rechts bereits entwickelt haben und welche weitere Unterstützung sie dafür benötigen. Laut Umfrage ist der Austausch über rechte Landnahme in den Verbänden bisher eher gering ausgeprägt. Vielleicht auch deswegen, weil die meisten der Befragten die Einflussnahme und Übergriffe von rechts (noch) als handhabbar und nicht bedrohlich für die eigene Tätigkeit einstufen. Gegenmaßnahmen werden der Umfrage nach insbesondere auf der Ebene der Landesverbände diskutiert – und dort insbesondere in Zusammenhang mit der Frage nach interkultureller Öffnung bzw. danach, wie der Verband mit rechter Einflussnahme und Gesinnung umgehen kann oder soll. Als zweithäufigste Ebene, auf der das Thema Einflussnahme durch rechts und mögliche Gegenstrategien behandelt werden, wird die Bundesverbandsebene genannt. Hier steht das Vergegenwärtigen und Diskutieren von Handlungsspielräumen sowie die Frage der Eigenpositionierung zu rechter Einflussnahme im Vordergrund. Schlusslicht für den Aufbau von Gegenstrategien bildet die lokale Ebene bzw. die Kreisebene. Dort geht es gemäß der Antworten der Befragten bislang vor allem darum, Diskriminierung und Rassismus überhaupt zu erkennen und zu benennen.



## WOZU DIENT DAS STRATEGIEPAPIER?

Das vorliegende Strategiepapier „Rechte Landnahme stoppen!“ will Natur- und Umweltschutzorganisationen dabei unterstützen, dem Einfluss rechter Gruppierungen von außen und rechtsideologischer Positionen in den eigenen Reihen wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Es handelt sich um eine Zusammenstellung und Konkretisierung von Praktiken und Vorschlägen zum Umgang mit der ext-

remen Rechten auf der Basis einer Erhebung unter den Natur- und Umweltschutzverbänden.<sup>3</sup> Beschrieben wird sowohl das, was in den Natur- und Umweltschutzverbänden bereits an Gegenmaßnahmen entwickelt wurde und zum Einsatz kommt, als auch das, was fehlt bzw. von den Befragten als dringend notwendig erachtet wird, um mit der Herausforderung rechter Landnahme angemessen umgehen zu können (A). Diese Darstellung der Ausgangslage, der Defizite und weiterer dringender Bedarfe wird ergänzt um beispielhafte Probleme und Fragen in Zusammenhang mit rechter Einflussnahme sowie um konkrete Anregungen zum Umgang damit (B).

- 1 Die Studie ist als pdf-download verfügbar unter [https://www.diversu.org/wp-content/uploads/2020/06/ReLa\\_Ergebnisse\\_Online-Befragung\\_Juni-2020.pdf](https://www.diversu.org/wp-content/uploads/2020/06/ReLa_Ergebnisse_Online-Befragung_Juni-2020.pdf)
- 2 43.5% machten bisher keine Erfahrungen dieser Art, 25% haben sich nicht dazu geäußert.
- 3 Die Auswertung dieser Online-Erhebung und der darin genannten Maßnahmen der Organisationen gegen rechte Einflussnahme sowie die weiterführenden Aussagen von sieben Verbandsvertreter\*innen aus qualitativen Interviews waren die Grundlage für die Erarbeitung eines ersten Entwurfs dieses Papiers. Dieser wurde mit Akteur\*innen aus dem Natur- und Umweltschutzbereich sowie aus antirassistischen und antifaschistischen Netzwerken diskutiert und zum vorliegenden Strategiepapier zusammengeführt.



## ÜBERSICHT STRATEGIEN

# STRATEGIEN GEGEN DIE EINFLUSSNAHME VON RECHTS

**A**

AUSGANGSLAGE, DEFIZITE, DRINGENDE BEDARFE: WAS WIRD SCHON GEMACHT, WAS WIRD BENÖTIGT?

- 1 VERBANDSINTERN
- 2 AUSSENWIRKUNG DES VERBANDES
- 3 ERFORDERLICHE STAATLICHE UND POLITISCHE RAHMEN-BEDINGUNGEN

INFORMATORISCHE UND AUFKLÄRUNGS-ORIENTIERTE MASSNAHMEN

DIALOGISCH ORIENTIERTE MASSNAHMEN

STRUKTURELL-RECHTLICHE MASSNAHMEN

FÖRDERUNG VON STRUKTUREN

AUSBAU UND VERSTETIGUNG DER FÖRDERUNG VON FORTBILDUNG

GEZIELTE INVESTITIONEN IN INFRA-STRUKTURSCHWACHE REGIONEN UND DIE JUGEND- UND SOZIALARBEIT

**B**

PROBLEME UND FRAGEN IN ZUSAMMENHANG MIT RECHTER EINFLUSSNAHME UND KONKRETE ANREGUNGEN ZUM UMGANG DAMIT

- 1 EIGENE ORGANISATION
- 2 INTERAKTION MIT EXTERNEN

EHRENAMTSSTRUKTUR/ MITGLIEDER

DIVERSITY

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND KOMMUNIKATION

ORGANISATIONSSTRUKTUREN

SELBSTVERSTÄNDNIS

NATUR- UND UMWELTSCHUTZTHEMEN



## STRATEGIEN GEGEN DIE EINFLUSSNAHME VON RECHTS

# A

## AUSGANGSLAGE, DEFIZITE, DRINGENDE BEDARFE: WAS WIRD SCHON GEMACHT, WAS WIRD BENÖTIGT?

Die in den Natur- und Umweltschutzverbänden ergriffenen Maßnahmen setzen an drei verschiedenen Ebenen an:

### 1. ... VERBANDSINTERN – AN DEN VERHÄLTNISSEN UND PROZESSEN IN DER EIGENEN ORGANISATION

Bereits zum Einsatz kommen **informativische und aufklärungsorientierte Maßnahmen** wie Workshops zum Thema Umweltschutz von rechts oder die Verbreitung von diesbezüglichen Informationen über verbandseigene Medien. Die existierenden Materialien zur Aufklärung über rechte Landnahme im Natur- und Umweltschutzbereich nutzen zwar einige Verbände. Viele scheinen jedoch das, was es dazu an Informationen, Handreichungen, Broschüren und Beratungen bereits gibt (z.B. von FARN), weder zu kennen noch zu verwenden. Umweltverbandsmitglieder wissen häufig auch nicht, ob und wie sich ihr eigener Verband zu rechter Einflussnahme positioniert und was dazu an Aktivitäten bereits läuft. Es bedarf also einer effektiveren Kommunikation und Bewerbung.

Neben Trainingsmaßnahmen zum Umgang mit rechten Akteur\*innen halten die Verbandsvertreter\*innen zudem Diversity-Schulungen (auch der Ehrenamtlichen z.B. Gruppenleiter\*innen) zu Interkulturalität, Diskriminierung und Antirassismus für dringend erforderlich, um im Verband auf die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen angemessen

reagieren zu können. Gefordert wird dafür eine gesicherte und institutionalisierte Informationsstelle als Anlaufpunkt für Probleme, Fragen, Vernetzungen, Materialien und Schulungen.

Natur- und Umweltschutzverbände haben auch verschiedene **dialogisch orientierte Maßnahmen** entwickelt, um rechter Einflussnahme etwas entgegenzusetzen. Bisher wird bei vielen offenbar weiterhin das Gespräch mit Menschen im Verband, aber auch mit an Natur- und Umweltschutzfragen Interessierten außerhalb, wenn sie mit rechtsgerichteten Positionen, völkischer Haltung oder populistischen Äußerungen auffallen, gesucht. Allerdings nur dann, „wenn es sich lohnt“, d.h. wo ein echter Austausch noch respektvoll möglich scheint. Erschwerend kommt laut Umfrage hinzu, dass die rechte Gesinnung von Mitgliedern nur bemerkt wird, wenn sie öffentlich geäußert wird. Was auf Ortsebene bei ehrenamtlichen Tätigkeiten passiert, bleibt oft im Verborgenen. Gute Erfahrungen gibt es hier mit der festen präventiven Einrichtung regelmäßiger Austauschrunden im Verband zum Thema „Einfluss von rechts“; bei einigen wenigen

Verbänden (z.B. NABU) haben Mitarbeiter\*innen inzwischen sogar eine Gruppe gegründet, die sich mit Diversity-/ Genderfragen befasst, mit dem Ziel, Veränderungen in der Verbandskultur anzustoßen. Generell wird eine direkte Gegenreaktion bei rechtslastigen Äußerungen von vielen für zentral wichtig gehalten. Entsprechend handeln einige der Verbände nach dem „Null-Toleranz-Prinzip“, bis hin dazu, dass Gespräche mit den Eltern geführt werden, wenn beispielsweise Kinder oder Jugendliche immer wieder rechte Sprüche klopfen. Einige Vertreter\*innen von (stärker Freizeit orientierten) Naturschutzverbänden setzen wiederum auf die Strategie des bewussten Ignorierens. Dies funktioniert aber nur bis zu einem gewissen Punkt und ist auch nicht unumstritten. Diesen Verbänden ist es wichtig, als Ort verstanden zu werden, an dem Jede\*r unabhängig von seiner\*ihrer politischen Haltung willkommen ist – nicht zuletzt, weil im gemeinsamen Tun und Aktivsein politische Grabenkämpfe keine Rolle spielen oder abgemildert werden können, das Gegenüber anders als ein politischer Gegner\*in wahrgenommen werden kann. Auf das Für und Wider dieser umstrittenen Argumentation wird im Folgenden noch einmal eingegangen.

Als **strukturell-rechtliche Maßnahmen** wurden in einigen der Natur- und Umweltschutzverbände Beschlüsse auf Bundes-/ Landesebene zur The-

matik gefasst, die z.B. den Umgang mit rechtslastigen Mitgliedern oder Kooperationsanfragen von rechten Gruppierungen betreffen. Manche Verbände haben dies auch bereits in ihrer Satzung verankert (durch die gezielte Änderung bzw. Ergänzung von Paragraphen). Es wird von den befragten Verbandsvertreter\*innen angeregt, diese strukturell-rechtlichen Spielräume unbedingt auch auszuschöpfen. Der Mitgliedsausschluss gilt dabei als eines der drastischsten Mittel, das auch schon von einzelnen Verbänden angewendet wurde. Es gibt jedoch im Vorfeld verschiedene weniger drastische aber ebenfalls durchgreifende Reaktionsmöglichkeiten. Bspw. wird angeregt (und in einigen Fällen auch praktiziert), Personen mit rechtsideologischen Positionen im Verband gezielt aus Projekten oder inhaltlichen Arbeitszusammenhängen auszuschließen, um dauernde Auseinandersetzungen und eine Einflussnahme auf Inhalte zu vermeiden. Die Naturschutzjugend hat ein sogenanntes Rote-Karte-System eingeführt, das mit verschiedenen Stufen der Verwarnung funktioniert. Aus der Online-Befragung ging deutlich hervor, dass – unabhängig von den jeweils im Einzelnen verfolgten Strategien – der Rückhalt von der Verbandsspitze, das Sich-Berufen-können auf Beschlüsse und Strukturen wichtig ist und das Um- und Durchsetzen von Maßnahmen erleichtert.

## 2.

### ... AN DER AUSSENWIRKUNG DES VERBANDES, D.H. BEZOGEN AUF SEINE DARSTELLUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT SOWIE BEZOGEN AUF POLITIKBERATUNG UND LOBBYTÄTIGKEIT

In den nach außen gerichteten Maßnahmen, die die Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes, seine Lobbyarbeit, Politikberatung und seine Kooperationen betreffen, sollte die Haltung des Verbandes zu rechter Landnahme deutlich und erkennbar sein. Darin waren sich die befragten Mitglieder einig. Einige Verbände haben Positionspapiere entwickelt, die diese Haltung deutlich machen, z.B. als Ergebnis eines Diskussionsprozesses in der Organisation zum Umgang mit rechtsextremen Gruppen oder Haltungen. Angeregt wird zudem, sensibler und reflektierter mit bestimmten Begriffen aus dem Themenfeld der Neophyten oder der Wolfsdebat-

te, die Analogien mit gesellschaftlichen Verhältnissen nahelegen und rechten Akteur\*innen inhaltlich Einfallstore liefern könnten, umzugehen. Um dies umsetzen zu können, wird externe Unterstützung für sinnvoll erachtet. Die Befragten wünschen sich für die Außendarstellung und -kommunikation ihres Verbandes diversity-sensible Materialien, die in der sprachlichen und visuellen Darstellung mit der Dominanz von weißen, jungen, männlichen Personen des Bildungsbürgertums brechen und die Vielfalt der Gesellschaft abbilden. Das Schreiben mit Gender\*Sternchen sollte selbstverständlich sein und zum Mindeststandard gehören.

Die Verbände sollten nach Aussage einiger ihrer Vertreter\*innen vor allem auch in Zeiten, wo die Gemeinnützigkeit von gesellschaftspolitisch wichtigen und aktiven Organisationen in Zweifel gezogen und gar abgeschafft wird (wie im Falle von attac, Compact u.a.) Haltung zeigen und „rote Linien“ festlegen. Einige fragten, wie politisch der Verband sein will und darf und welches Politikverständnis im Verband selbst herrscht. Viele Naturschutzverbände – und das trifft auch Verbände des DNR (Sport, Alpenverein, Freizeitorientierte Verbände...) verstehen sich als politisch neutral. Sie vertreten die Ansicht, dass parteipolitische Zugehörigkeit keinerlei Rolle spielen und der Verein sich daher auch nicht politisch positionieren dürfe. Andere Verbände wiederum halten eine Positionierung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für extrem wichtig. Was heißt das dann für den Umgang mit Menschen mit rechtsextremer Gesinnung? Ist das Ignorieren von rechter Agitation in einem gewissen Rahmen und der Fokus auf die gemeinsame Aktivität dafür ein probater Umgang oder wäre es besser, solche Personen gezielt auszugrenzen und auch als Verein Haltung zu zeigen, weil es eben keinen unpolitischen Sport gibt? Einige Fußballbundesligisten (wie Werder Bremen, Eintracht Frankfurt, Hertha BSC) haben sich diesbezüglich klar positioniert. Letztlich bedarf es dazu einer breiten Auseinandersetzung mit der Thematik im Verband.

Mit Blick auf Kooperationen, Interaktionen z.B. bei gemeinsamen Auftritten verfolgen manche Verbände eine strikte Linie (etwa keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD). Andere Verbände überlassen es den eingeladenen Fachleuten aus dem Verband, ob sie sich mit AfD-Vertreter\*innen aufs Podium setzen oder nicht. Wichtig ist allen Befragten, gezielt Personen mit anderen Perspektiven einzubinden und sich stärker mit nach außen gerichteten Aktionen zu positionieren (z.B. die Aktionstage gegen Rassismus oder die gezielte Zusammenarbeit mit migrantischen Umweltorganisationen bei den NaturFreunden).

Als hilfreich hat es sich zudem erwiesen, Regeln für Veranstaltungen aufzustellen, etwa dass man sich vorbehält, Leute auszuschließen, die sich z.B. rassistisch, antisemitisch, sexistisch äußern oder verhalten. Das sollte auch immer in den Ankündigungen stehen („Die Veranstalter\*innen behalten sich vor...“).

Konkret bleibt es jedoch manchmal schwierig, die Abgrenzung gegen rechts streng einzuhalten. So berichtet ein Verbandsmitglied davon, dass bei Mietanfragen bezüglich verbandseigener Räume oder bei der Anmietung von Räumen durch den Umweltverband die Rechtslastigkeit der Akteure meist nicht (sofort) ersichtlich ist. Damit es kein böses Erwachen gibt oder/ und teure Stornierungsgebühren anfallen, werden deshalb obligatorische Vorabrecherchen bei Verdachtsvermutungen oder bei eher unbekanntem Akteuren durchgeführt.

Als weiteres Problem werden die Umarmungsstrategien von rechten Akteuren in der Umfrage genannt. Was ist zu tun, wenn z.B. die AfD per Pressemitteilung erklärt, dass sie alle Positionen des Naturschutzverbandes XY 100% unterstützt oder im Kommunalparlament einen Antrag mit genau den Forderungen des Naturschutzverbandes XY stellt? Als Gegenstrategie wird von befragten Mitgliedern genannt, sich zur umweltpolitischen Position zu bekennen und jedoch gleichzeitig deutlich von der rechtsextremen und menschenverachtenden Haltung der AfD zu distanzieren, sich also nicht vereinnahmen zu lassen. Als hilfreich gilt auch, umgehend eine Pressemitteilung nachzuschicken, in der die Abgrenzung zur AfD und die eigene Position deutlich wird. Und nicht zuletzt – so der Tenor –, sei es wichtig, andere Parteien mit uns Boot zu holen, damit die AfD nicht mehr als alleinige Unterstützerin dasteht.

## 3.

## ... AN DEN ERFORDERLICHEN STAATLICHEN UND POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN UND AKTIVITÄTEN ZUR VERHINDERUNG RECHTER LANDNAHME

Von den Verbandsvertreter\*innen werden hier drei zentrale Dinge gefordert bzw. angesprochen:

## (1) FÖRDERUNG VON STRUKTUREN

Gefordert wird ein Demokratiefördergesetz auf Augenhöhe, d.h. die zum Thema Rechtsextremismus und Antidiskriminierung bestehenden Fördermaßnahmen müssten entfristet und Trägerstellen, die bundesweit koordinieren und fachlich ansprechbar sind, finanziert werden;

## (2) AUSBAU UND VERSTETIGUNG DER FÖRDERUNG VON FORTBILDUNG

Fortbildungen und Unterstützungsstrukturen für Antidiskriminierung im Natur- und Umweltschutz-NGO-Bereich brauchen eine institutionelle oder verstetigte Förderung um Fortbildung-/ Trainings zu ermöglichen, in denen Aufklärung, Hintergrundinformationen, Sensibilisierung passieren kann und anhand konkreter Situationen geübt wird;

## (3) GEZIELTE INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTURSCHWACHE REGIONEN UND DIE JUGEND- UND SOZIALARBEIT

In infrastrukturschwachen Regionen sind kaum Umwelt-NGOs, aber zunehmend rechte Gruppen stark ehrenamtlich und gemeinwohlorientiert engagiert. Diese strukturelle Schwachstelle zu schließen, schaffen die meisten Umwelt-NGOs nicht. Hier ist Parteipräsenz gefragt und staatliches, sichtbares Engagement in den Gemeindegremien und -strukturen ist dringend erforderlich.



## STRATEGIEN GEGEN DIE EINFLUSSNAHME VON RECHTS

# B

## PROBLEME UND FRAGEN IN ZUSAMMENHANG MIT RECHTER EINFLUSSNAHME UND KONKRETE ANREGUNGEN ZUM UMGANG DAMIT

Die von den Verbandsvertreter\*innen eingebrachten Beispiele zu den Problemen, Fragen und Gegenreaktionen beziehen sich auf die (1) eigene Organisation (Ehrenamt/ Mitglieder, Diversität, Öffentlichkeitsarbeit/ Kommunikation, Organisationsstrukturen, Selbstverständnis, Natur- und Umweltschutzthemen) und (2) die Interaktion mit Externen.

# 1.

## EIGENE ORGANISATION

### EHRENAMTSSTRUKTUR/ MITGLIEDER

#### PROBLEM:

Mitglieder agieren in rechten Zusammenhängen als Privatpersonen, treten aber über Verband nicht als rechtslastig auf.

#### MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:

Handeln, sobald dies auffällt und man es mitbekommt: Dann Unvereinbarkeitsmöglichkeiten in Satzung o.ä. prüfen; eigenes Selbstverständnis als weltoffener, demokratischer Verband entwickeln und beschließen, sodass alle Mitglieder dahinter stehen müssen/daran gebunden sind; die Thematik auf der Bundesvertreter\*innen-Versammlung regelmäßig ansprechen und die Debatte darüber verstetigen; die eigenen Mitglieder an der Basis bestmöglich sensibilisieren und handlungssicherer machen; ggf. Lotsensystem aufbauen ([www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/144802/lotsenausbildung-modul-1](http://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/144802/lotsenausbildung-modul-1))



**PROBLEM:**

Die Dokumentation von Vorfällen der rechten Einflussnahme kann aufgrund der Ehrenamtsstruktur nicht geleistet werden.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Hilfe suchen bei Ansprechpartner\*innen wie z.B. den Mobilen Beratungsstellen, die in ganz Deutschland tätig sind, um Aufwand realistisch(er) einschätzen zu können (<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/>); dies Vorgehen ist ähnlich handhabbar wie z.B. im Rahmen der Präventionsarbeit bei sexualisierter Gewalt; zudem gibt es bereits verschiedene Registrierstellen, um Vorfälle zu melden wie z.B. das Berliner Register zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle (<https://www.berliner-register.de>) oder die spezialisierte Opferberatungsstellen (einen guten Überblick gibt die Amadeu-Antonio-Stiftung: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/opferfonds-cura/opferberatungsstellen/>)

**PROBLEM:**

Auf Ortsebene ist die Verquickung mit Alltagsstrukturen und -beziehungen hoch. Die Trennung von Mitgliedern, die sich rechtsextrem äußern, muss dann erstmal verkraftet und ausgehalten werden.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Als Chance betrachten: denn zum einen ist es dadurch eventuell leichter, anderen Personen mit rechtsnaher Gesinnung, die Problematik ihrer Haltung vor Augen zu führen, zum anderen macht eine klare Positionierung den Verband einladender für (potentiell) Betroffene von rechter Gewalt, die sich sonst ausgeschlossen fühlen

## DIVERSITY

**PROBLEM:**

Alle Verbände wollen gerne mehr Diversität. Es funktioniert aber nicht alleine dadurch, dass es gewollt ist. Verbände sind weiterhin eher weiß, häufig männlich dominiert, Mitglieder kommen aus der gebildeten Mittelschicht.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Strukturen hinterfragen, die dazu führen (können), dass bestimmte Menschen sich bisher nicht engagieren (können); den Außenauftritt diversity-sensibel gestalten, z.B. Bildauswahl und (An)Sprache; die Zusammenarbeit mit Verbänden, z.B. aus dem Migrant\*innen- oder LGBTIQ-Bereich verstärken; Sensibilisierungstrainings im Bereich Diversity ermöglichen; aktive diversity-sensible Personalrekrutierung; positive Vision entwickeln: wie mit und in Vielfalt positiv Gemeinschaft erlebt werden kann; im Selbstverständnis/ Leitbild des Verbands darauf hinweisen und konkretisieren, was Diversity in der Verbandsarbeit bedeutet (z.B. den eigenen Expertenstatus in Frage stellen, Vorsitz abgeben, De-Privilegierung, Begleitung und Unterstützung gewährleisten, Entscheidungswege dahingehend anpassen, hinterfragen, wer wann an einem Treffen teilnehmen kann und wer nicht (z.B. wegen fehlender Kinderbetreuung), Sprachbarrieren reflektieren und abbauen; Wissenshierarchien und unsichtbare Hierarchien aufdecken, reflektieren, abbauen; diversity-sensible Organisations- Verbandsentwicklung anstoßen inkl. Überprüfbarkeit; Ansprechbarkeit für Diskriminierungen institutionalisieren

**PROBLEM:**

Diversity und Inklusion sind sehr schwierig zu leben. Die dazu angestoßenen Projekte hatten bislang keine Kontinuität und danach bricht das Thema insgesamt wieder weg.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

In und mit Netzwerken arbeiten – z.B. dem Netzwerk interkultureller Jugendverbandsarbeit und -forschung (NiJaf) oder dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA), um die Themen innerverbandlich präsent zu halten; gezielt Personen unterstützen, die Themen auch über Projekte hinaus begleiten wollen; Betroffenen zuhören und Unterstützung anbieten, aber keine Arbeit ohne Rücksprache mit den Betroffenen und „stellvertretend“ für sie durchführen

**PROBLEM:**

Es entsteht der Eindruck, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Verein Diskriminierungen gewöhnt sind und Vorfälle „bagatellisieren“. Das führt bisweilen dazu, dass die Debatte darüber stecken bleibt, weil es vermeintlich „doch gar nicht so schlimm sei“.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Kommunikationskultur im Verband prüfen (Ist sie einladend, dass auch über unangenehme Vorkommnisse gesprochen werden kann?); die verbandseigenen Standards / das „Normale“ auf Vorannahmen abklopfen; Betroffene nicht in eine Opferrolle zwingen, in der sie selber gar nicht sein wollen

**PROBLEM:**

Die Zuständigkeit für interkulturelle-Sensibilität/Diskriminierungssensibilisierung wird meist delegiert an eine Person, die sich entsprechend mit ihrem Engagement exponiert (das Phänomen ist ebenfalls bekannt aus Gendermainstreaming-Prozessen).

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Fortbildungen für größere Personengruppen initiieren und etablieren, z.B. als inhaltlichen Schwerpunkt/Input bei einer Gremienveranstaltung; darüber das gemeinschaftliche Bewusstsein stärken

**PROBLEM:**

Erkenntnisse darüber, wie Menschen mit Migrationshintergrund & People of Colour die Umweltverbände erleben, gibt es bisher nicht, werden aber als Bedarf formuliert.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Organisationen kontaktieren, in denen Migrant\*innen oder Black, Indigenous, and People of Colour (BIPOC) selbst aktiv sind (gibt es z.B. bei Fridays for Future/ Klimaschutzbewegung); gemeinsamen Austausch initiieren

**ÖFFENTLICHKEITSARBEIT  
UND KOMMUNIKATION****PROBLEM:**

Viele kriegen nicht mit, wenn es rechtsgerichtete Kommentare in den Social Media gibt.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Eventuell rechte Entgleisungen bewusst, aber ausschließlich als einzelne Veranschaulichungsbeispiele zur Schau stellen und zugleich kontern; sich dabei der Gefahr bewusst sein, dass dadurch hate Speech/diskriminierenden Positionen eine Plattform geboten werden könnte; eine Art „Far Right Watch“ im Verband aufbauen, um schnell reagieren zu können

**PROBLEM:**

Viele Mitglieder kennen weder die Positionen und Informationen des eigenen Verbands zur Rechten Landnahme noch wissen sie, welche Materialien es bereits dazu gibt.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Z.B. durch regelmäßige Postings in den verbandseigenen und internen Verbreitungskanälen informieren oder Broschüren, die sich mit der Problematik auseinandersetzen, im Rundbrief des DNR über die Problematik vorstellen (im Grunde ist das eine originäre Dachverbandsaufgabe); eine eigene Rubrik zu Rechter Landnahme in der Verbandszeitschrift oder im Rundbrief einrichten, über die das Thema kontinuierlich präsent gehalten wird; Aktionstage dazu ins Leben rufen; gemeinsam mit den Mitgliedern nach sinnvollen Verbreitungsmöglichkeiten im Verband suchen; interne „Wanderausstellung“ oder Infowand zum Thema erarbeiten, die für lokale Veranstaltungen unkompliziert bestellt und aufgestellt werden kann; Dokumentationen und Podcasts über die Neue Rechte vorstellen bzw. Links dazu verschicken

**ORGANISATIONSSTRUKTUREN****PROBLEM:**

Die Entscheidungsstrukturen sind in den Verbänden unterschiedlich. Unklar ist oft, wer eine Befassung mit der Thematik initiieren, wer Satzungsänderungen vorschlagen kann, welche Rolle/ Verbindlichkeit/ Zuständigkeit die übergeordnete Verbandsebene hat. Sind z.B. die Bundesbeschlüsse auch für Ortsgruppen bindend? Oder was, wann und wo entscheiden Ortsverbände selbständig? Wie funktioniert ein Mitgliedsausschlussverfahren bei den Verbänden?

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Strukturen/ Organisationsprozesse möglichst vielen Mitgliedern bekannt machen (evtl. mit einer übersichtlichen Darstellung der wichtigsten innerverbandlichen Prozesse in einem Schaubild o.ä.); koordinierte Beratung zu Verbandsstrukturen, zentralen Prozessen wie Mitgliedsausschluss und Handlungsoptionen (evtl. beim DNR); „best practice“ zum strukturellen Umgang/ Ausschluss von Menschen mit rechts-extremen Positionen transparent machen

**PROBLEM:**

Freizeitorientierte Verbände mit einer eher wenig ausgeprägten bottom-up Partizipations- und Einmischungskultur und -struktur haben wenig Hintergrund und Erfahrung im Umgang mit ideologisierten Konflikten.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Fortbildungen in Richtung Mediation, Antidiskriminierung und Handlungstraining anbieten; Workshops zur Sensibilisierung, Mitgestaltung und Unterstützung ermöglichen; im Verband eine Vertrauensperson bestimmen/ wählen, die entsprechend qualifiziert wird und bei Konflikten und Diskriminierungsproblemen angesprochen werden kann; körperbezogene Tätigkeiten/ Übungen/ Kurse geschlechterreflektiert und mit Blick auf (unbewusste) Ausgrenzung und Abwertung entwickeln und durchführen; Räume schaffen, in denen nicht nur traditionelle Anforderungen/ Ansprüche bedient werden.

**SELBSTVERSTÄNDNIS****PROBLEM:**

Manche meinen, die Umweltschutzelange seien so dringlich, dass dafür jede Unterstützung benötigt werde – egal aus welchem Lager sie eben kommt (Querfrontargumentation).

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Keine „unheiligen Allianzen“ eingehen: Rechte Akteur\*innen werden nicht zu wertvollen Partner\*innen, nur weil man eine einzelne Position teilt; stets auf die grundsätzlichen Unterschiede hinweisen und entschieden widersprechen, wenn „das Richtige“ aus den „falschen“ Gründen gefordert wird (der Zweck heiligt nicht die Mittel); sich bewusst machen, dass man andere Unterstützer\*innen/Mitglieder verlieren oder demotivieren kann, wenn man mit rechten Akteur\*innen zusammenarbeitet; auch das Image des Gesamtverbandes kann Schaden nehmen.

**PROBLEM:**

Es gibt offenbar unterschiedliche Vorstellungen von und Erwartungen an Integration. Der Sportbund hat sich stark mit der Aufnahme von Geflüchteten engagiert und viele Angebote für sie entwickelt, die auch alle angenommen wurden. Beklagt wurde von Seiten des Verbands eine geringe „Integrationsbereitschaft“ der Geflüchteten in den Verein und seiner Strukturen; entsprechend hoch war das Maß an Frustration.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Strukturen hinterfragen und interessiert nachforschen, warum die gewünschte Integration bisher nicht stattgefunden hat; die eigenen Machtverhältnisse und Privilegien reflektieren (Geht es um Charity oder darum Macht abzugeben?) und über die gegenseitigen Erwartungen sprechen; miteinander reden statt in gegenseitigen Vorwürfen stecken bleiben

**PROBLEM:**

Die „roten Linien“ dessen, was erlaubt ist, was gesagt werden darf, werden in den Verbänden unterschiedlich gezogen. Diskriminierung nicht zu sehen, Ausgrenzung nicht als solche zu erkennen, bedeutet nicht unbedingt, dass es keine gibt, sondern ist häufig Ausdruck einer dominanzgeprägten, nicht diversity-sensibilisierten Sichtweise.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Impuls von außen z.B. durch (bezahlte!) Beobachtung/ Evaluation von Externen nutzen/ zulassen; beispielsweise die eigene Mitgliederversammlung durch Außenstehende (eventuell von betroffenen, marginalisierten Gruppierungen) analysieren lassen (dies hat der Deutsche Bundesjugendring beispielsweise im Rahmen eines „Gender Watch“ gemacht, um Geschlechterverhältnisse auf einer Versammlung zu evaluieren)

**PROBLEM:**

Die Grenze zwischen klarer Positionierung/ Haltung und Missionierung ist schmal. So kritisiert ein Mitglied eines Sport-/ Freizeitverbands die dauernde kritische Information und Aufforderung nach gesellschaftlicher Einmischung durch eine seines Erachtens links-grüne Mitgliedergruppe als Missionierung und Überfrachtung. Solche Dauerpositionen würden die Lust reduzieren, sich in der Freizeit in einem Verein zu engagieren. Und wer politisch aktiv sein wolle, sollte halt in politische Organisationen gehen.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Gut argumentieren, warum es diese politischen Positionierungen gibt: nämlich nicht aus partei- bzw. tagespolitischen Gründen, sondern weil es Grundwerte des Vereins betrifft; Ausschlussmechanismen ansprechen und verdeutlichen, dass zwar der Sport im Vordergrund stünde, aber nicht auf dem Rücken Anderer; oder/ und: explizite Schutzräume anbieten für Betroffene: Kajak für FLTI\*<sup>4</sup>, Wandern für Black, Indigenous, and People of Colour (BIPoC)

**PROBLEM:**

Sollen Natur- und Umweltschutzverbände insbesondere in infrastrukturschwachen Regionen Angebote schaffen und ehrenamtliche Arbeit initiieren, um dort präsent zu sein und den Gestaltungsleerraum nicht den Rechten zu überlassen? Sollten die Umweltverbände sich gemeinsam eventuell diesbezüglich strategisch verständigen?

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Bestimmte Regionen von Verbandsseite nicht „abschreiben“, sondern aktiv bespielen (ggf. gemeinsam mit anderen); Strategien dafür entwickeln; Personen, die Angebote/Strukturen in strukturschwachen Regionen schaffen, unbedingt gesamtverbandlich unterstützen

**PROBLEM:**

Die zentrale Frage ist und bleibt, was einen demokratischen Natur-/Umweltschutz ausmacht und was der demokratische und menschenrechtliche Konsens im Verband sein soll. Umweltverbände müssen sich, nicht zuletzt ausgelöst durch den wachsenden Rechtsextremismus, mit dieser Frage befassen und klare Grenzen definieren. Es reicht nicht mehr aus, sich nur noch um das sogenannte Kerngeschäft, den Umwelt- und Naturschutz, zu kümmern.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Die eigene Verbandsgeschichte aufarbeiten, z.B. zur Gleichschaltung der Verbandsszene im Nationalsozialismus als mahnendes Beispiel und zur Verbindung von Natur- und Umweltschutz mit rechtsextremem Gedankengut; entsprechende zeithistorische Verwicklungen mit rechter Ideologie transparent machen; Anschlussfähigkeit an Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit herausarbeiten und sich die darin angelegten Attraktivitätsmomente für rechte Gruppen bewusst machen; sich bewusst machen, dass Rechtsextreme sich in wachsendem Maße mit Natur- und Umweltschutz befassen und sich deshalb Umweltverbände verstärkt mit Rechtsextremismus auseinandersetzen müssen

**NATUR- UND  
UMWELTSCHUTZTHEMEN****PROBLEM:**

Gesellschaftspolitisch sehr strittige („vergiftete“) Themen wie Wolf und Windenergie erzeugen quer durch die politischen Lager Widerstände und erzeugen merkwürdige Allianzen.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Keine Allianzen mit rechten Gruppen/ Positionen eingehen, stattdessen Positionen zu solchen Themen immer auch direkt mit Abgrenzung nach rechts formulieren und Möglichkeiten für Bündnisse mit anderen demokratischen Gruppen aufzeigen

**PROBLEM:**

Es gibt einen Zusammenhang zwischen Natur- und Heimatschutz, der in der Geschichte des Naturschutzes gründet. Dieser Heimatbezug ist nicht unproblematisch, weil er als Türöffner für rechte Ideologien, Positionen und Gruppierungen dienen kann.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Eine Auseinandersetzung über die Sinnhaftigkeit bzw. darüber, wie eine geeignete Art von Heimatbezügen aussehen könnte, in der Verbandsarbeit beginnen; Aktions- und Diskussionsleitfäden zum Thema Naturschutz und der Konstruktion des „Fremden“ erstellen – als Kritik und Aufklärung (Präventionsarbeit); Debatte über das Politikverständnis im Verband führen (Was meint politisch? Gibt es so etwas wie eine „Nicht-Politik“ im Natur- und Umweltschutz und welche Ein- und Ausschlüsse gehen damit einher?)

**PROBLEM:**

Naturschutz wird noch immer als rein ökologisches Thema betrachtet, das wenig mit sozialen Fragen verknüpft ist. Es hat ausschließlich mit Natur zu tun.

**MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:**

Veranstaltungen zum Sozialen der Natur und Umwelt und zur gesellschaftlichen Einbettung von Natur- und Umweltschutz als Handlungsfelder, in denen wertende Entscheidungen getroffen werden, durchführen; über den Naturschutzbegriff und mögliche Alternativen z.B. Kulturlandschaftsschutz debattieren

## 2. INTERAKTION MIT EXTERNEN

### PROBLEM:

Kooperationsstrukturen mit Geflüchteten und migrantischen Selbstorganisationen sind zusammengebrochen, da es kaum mehr Förderung gibt, v.a. nicht auf Landesebene.

### MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:

Ausloten, was auch ohne Förderung möglich ist, ansonsten: gegenüber der Politik den Bedarf nach solcher Förderung deutlich machen; gemeinsam mit den Geflüchteten/ Migrant\*innenorganisationen an einem Strang ziehen

### PROBLEM:

Rechtslastigkeit der Akteure ist bei Kooperationen oft nicht (sofort) ersichtlich (etwa bei Mietanfragen an verbandseigene Räume oder bei Anmietung von Räumen).

### MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:

Neue Regel aufstellen, dass Vorabrecherchen bei Mietanfragen obligatorisch sind; auf der Verbands-Website darauf hinweisen, dass die eigenen Räume nicht für Leute zur Verfügung gestellt werden, die diskriminierende/ menschenfeindliche Positionen äußern und dass sich vorbehalten wird, diese ggf. auch kurzfristig zu stornieren; ggf. Rückzug vom/ Auflösung des Kooperations-/ Mietvertrags auch wenn Kosten damit verbunden sein sollten; Hausrecht nutzen; je nachdem welche Ressourcen vorhanden sind, mit einem Statement absagen; Anfrage ignorieren (Rückendeckung einholen, dass das in Ordnung ist); wichtig ist: auf die Rechtslage achten, die direkte Auseinandersetzung vermeiden, Datenschutzbestimmungen beachten, Anwalt drüber lesen lassen, wasserdicht machen, denn die anderen rechten Akteur\*innen suchen die Lücke, vorher gut aufstellen; wenn doch eine Veranstaltung stattgefunden hat (worst case), unbedingt und unmittelbar öffentlich von Inhalten und Veranstalter\*innen distanzieren

### PROBLEM:

Spenden von rechten Akteur\*innen: Wie geht man damit um?

### MÖGLICHE GEGENREAKTIONEN:

Spende mit Hinweis auf Haltung des Verbands ablehnen; dafür aber zugleich eine kluge Kommunikationsstrategie überlegen, damit nicht Gerüchte derart auftauchen, dass Verband Spenden ablehnt und dann den Staat um Förderung anruft; eine Verbandsposition dazu entwickeln.

## DANK:

Unser herzlicher Dank gilt allen, die an der Online-Befragung teilgenommen haben und für Interviews zur Verfügung standen. Ebenso bedanken für uns sehr herzlich bei allen elf Teilnehmer\*innen des Strategieworkshops im Januar 2020 in Lüneburg, deren Beiträge in dieses Papier eingeflossen sind. Ein besonderer Dank geht an Christoph Röttgers, von der NAJU – der Naturschutzjugend im NABU, Katharina Kapitza, Leuphana Universität Lüneburg und Pirkko Bell, Trainer\*in von FARN, die uns im Nachgang des Workshops mit schriftlichen Vorschlägen und Kommentaren zu möglichen Gegenreaktionen maßgeblich unterstützt haben.

## FÖRDERHINWEIS:

Das Projekt „Rechte Landnahme – Umweltschutz von rechts: Wie und wo passiert es und was können Umweltverbände gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Vereinnahmungen tun? (ReLa)“ wurde gefördert durch das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU). Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor\*innen:

Dr. Christine Katz und  
Dr. Daniela Gottschlich.

Lüneburg, August 2020

Informationen zum Projekt und weiteren Veröffentlichungen unter:  
[www.diversu.org](http://www.diversu.org)

Layout: Vivian Roth

**Umwelt**   
**Bundesamt**



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz  
und nukleare Sicherheit